

**3565/AB**  
**vom 28.01.2026 zu 4069/J (XXVIII. GP)**  
**Bundesministerium bmwet.gv.at**  
**Wirtschaft, Energie und Tourismus**

**Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer**  
Bundesminister

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Walter Rosenkranz  
Parlament  
1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.984.365

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)4069/J-NR/2025

Wien, am 28. Jänner 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Barbara Kolm und weitere haben am 28.11.2025 unter der **Nr. 4069/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Bar-geldabsicherung und Digitaler Euro** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 19**

- *Welche Stellungnahme haben Sie am 17. November im europäischen ECON-Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament in Brüssel abgegeben oder vertretungsweise abgeben lassen?*
- *Wie wird sichergestellt, dass die Einführung des Digitalen Euro einer umfassenden demokratischen Kontrolle unterliegt, insbesondere angesichts des engen Zeitfasters zwischen Gesetzesbeschluss (2026), Pilotphase (2027) und möglicher Einführung (2029)?*
- *Welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen, um die nationale parlamentarische Mitbestimmung und die öffentliche Debatte in Österreich zu gewährleisten, bevor irreversible Schritte gesetzt werden?*
- *Wie wird das Demokratiedefizit der EU im Zusammenhang mit der Einführung des Digitalen Euro adressiert, insbesondere im Hinblick auf die fehlende direkte Zu-*

*stimmung der europäischen Völker zu Überwachungsinstrumenten wie AMLA, EU-Vermögensregister oder EU-Democracy Shield?*

- *Wie erklären Sie die Diskrepanz zwischen der offiziellen Behauptung, Bargeld werde nicht ersetzt, und der gleichzeitigen Einführung neuer Bargelddobergrenzen, die faktisch zu einer schrittweisen Bargeldabschaffung führen?*
- *Welche Maßnahmen setzen Sie, um die Bargeldversorgung in Österreich - insbesondere im ländlichen Raum - trotz der politischen Signale aus Brüssel und der Schließung von Bankfilialen und Geldautomaten dauerhaft zu sichern?*
- *Wie bewerten Sie die Auswirkungen der aktuellen Bargeldrestriktionen auf die ökonomische Selbstbestimmung und Privatautonomie der Bürger?*
- *Mit welchen Maßnahmen können Sie garantieren, dass der Digitale Euro nicht - entgegen der offiziellen Zusicherung - als Instrument zur Echtzeitüberwachung und Kontrolle der Bürger missbraucht wird, insbesondere angesichts der technischen Möglichkeiten zur Transaktionsnachverfolgung?*
- *Wie wird sichergestellt, dass die Auslagerung der AML- und Betrugskontrollen auf Banken nicht zu einer weiteren Aushöhlung des Bankgeheimnisses und zu einer faktischen Überwachbarkeit privater Finanztransaktionen führt?*
- *Welche unabhängigen Kontrollmechanismen sind vorgesehen, um die Einhaltung der Datenschutz- und Privatsphäre-Versprechen der EZB und der EU-Kommission durch die Republik Österreich zu kontrollieren und zu überprüfen?*
- *Welche konkreten Kosten werden für Endnutzer, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Banken durch die Einführung des Digitalen Euro erwartet und wie sollen diese abgedeckt werden?*
- *Wie wird sichergestellt, dass der Digitale Euro nicht zu einer Monopolisierung des Zahlungsverkehrsmarktes durch die EZB oder andere zentrale Akteure führt und der Wettbewerb erhalten bleibt?*
- *Mit welchen Maßnahmen werden Sie die technischen Unsicherheiten und offenen Fragen (z. B. Offline-Funktion, App-Infrastruktur, Wallet-Management) lösen, die laut aktuellen EZB-Informationen noch bestehen?*
- *Wie wird sichergestellt, dass private innovative Lösungen (wie "Wero") nicht durch regulatorische oder technische Vorgaben des Digitalen Euro benachteiligt oder verdrängt werden?*
- *Welche Verwaltungsschritte unternehmen Sie, um das Bargeld als verfassungsrechtlich garantiertes Zahlungsmittel in Österreich zu sichern?*
- *Sind Regierungsvorlagen geplant, um das Bargeld als verfassungsrechtlich garantiertes Zahlungsmittel in Österreich zu sichern?*

- *Wie wird verhindert, dass der Digitale Euro als "programmierbares Geld" künftig doch mit Nutzungsbeschränkungen versehen werden kann, etwa durch spätere Gesetzesänderungen oder technische Updates?*
- *Wie bewertet die Bundesregierung die Entscheidung der USA, das Projekt "Digitaler Dollar" zu stoppen, und welche Lehren zieht sie daraus für die österreichische und europäische Digitalwährungspolitik?*
- *Welche Alternativen zu einem staatlichen Digitalgeld sehen Sie, um Innovation, Vielfalt und Wahlfreiheit im Zahlungsverkehr zu fördern?*

Dazu ist zuständigkeitsshalber auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4068/J durch den Herrn Bundesminister für Finanzen zu verweisen.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

